

JUGENDBETEILIGUNG IN NRW UND EUROPA – VIELFÄLTIG UND NACHHALTIG VERANKERT

Stellungnahme des Landesjugendrings NRW zum Antrag der Fraktion der FDP: „Mehr Jugendpartizipation in Europa durch ein gemeinsames Jugendparlament mit den BENELUX-Staaten und hierzu das Landesjugendparlament in Nordrhein-Westfalen endlich umsetzen“ (Drucksache 18/9727)

Anhörung im Ausschuss für Europa und Internationales am 17. Januar 2025

Jugendbeteiligung – vielfältig und strukturell abgesichert

Der Landesjugendring NRW begrüßt die Thematisierung von Jugendbeteiligung auf internationaler Ebene. Junge Menschen haben gemäß § 6 des dritten Gesetzes zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (3. AG-KJHG – KJFöG) das Recht, an allen sie betreffenden Entscheidungen angemessen beteiligt zu werden. Viele dieser Entscheidungen fallen auf Ebenen, die über einzelne Staaten hinausgehen. Um echte und wirksame Jugendbeteiligung sicherzustellen, bedarf es eines Mixes vielfältiger Beteiligungsmethoden und einer strukturellen Verankerung junger Beteiligung an Politik. Dabei darf es nicht zu einer Verengung der Frage nach Jugendbeteiligung auf ein einziges Instrument mit möglicherweise hohen Zugangsvoraussetzungen kommen. Weder mit einem Landesjugendparlament noch mit einem gemeinsamen Jugendparlament mit den Beneluxstaaten kann eine vielfältige und strukturell verankerte Beteiligung junger Menschen an Politik umgesetzt werden. Wir lehnen seine Einrichtung daher ab. Stattdessen muss eine breit aufgestellte Jugendbeteiligung im sich aktuell in Vorbereitung befindlichen Aktionsplan Jugendbeteiligung der Landesregierung umfassend abgebildet und verankert werden.

Dem Aktionsplan Jugendbeteiligung liegt der dringende Bedarf zugrunde, Jugendbeteiligung im Land breit zu denken und krisensicher zu verankern. Ein vielfältiger Mix unterschiedlicher Maßnahmen soll Sorge tragen, dass möglichst viele junge Menschen möglichst niederschwellig das politische Geschehen im Land mitgestalten können. Ziel ist, Jugendpolitik als politisches Querschnittsthema zu verankern, das in allen Ressorts eine Rolle spielt – nicht nur im Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie. Die einschneidenden Erfahrungen während der Pandemie haben die Notwendigkeit einer solchen Strategie auf drastische Art und Weise deutlich gemacht.

Stellungnahme

Jugendbeteiligung in NRW und Europa – vielfältig und nachhaltig verankert
vom 10. Januar 2025

Vernetzung unter jungen Europäer_innen – Internationale Jugendmaßnahmen und Förderprogramme stärken

Die im vorliegenden Antrag thematisierte Förderung der Vernetzung unter jungen Europäer_innen ist nachdrücklich zu begrüßen. Junge Menschen sollen sich über Grenzen hinweg kennenlernen und austauschen, um Verständnis füreinander zu entwickeln und geteilte Interessen und Ziele gemeinsam anzugehen. Damit dies möglichst niedrigschwellig passieren und möglichst viele junge Menschen erreichen kann, sollten bestehende Organisationen wie die bilateralen Koordinierungszentren und die bilateralen Jugendwerke, die auf staatlichen Abkommen basieren, zukunftsicher gefördert werden. Der internationale Jugendaustausch sollte über die Kinder- und Jugendförderpläne des Bundes, der Länder und der Kommunen weiter gut gefördert werden und Programme wie insbesondere „Erasmus+ Jugend“ sollten einer breiten Zielgruppe zur Verfügung stehen. Formate wie bilaterale und internationale Jugendbegegnungen, Jugendfreiwilligendienste, Förderprogramme und Stipendien für Auslandsaufenthalte sowie Schüler_innen-Austausche bieten eine gute Gelegenheit, über Grenzen hinweg in Austausch zu kommen, Kontakte zu schließen und vielen jungen Menschen internationale Lernerfahrungen zu ermöglichen. Diese Formate gilt es weiterhin zu fördern und zu stärken. So kann möglichst vielen, vielfältigen jungen Menschen eine europäische Erfahrung ermöglicht werden, durch die sie mit der Idee der europäischen Integration in Berührung kommen.

Der Landesjugendring NRW ist die Arbeitsgemeinschaft der derzeit 24 auf Landesebene anerkannten Jugendverbände, eines Anschlussverbandes sowie einem Mitglied mit Sonderstatus in Nordrhein-Westfalen. Er vertritt die Interessen der Jugendverbände und junger Menschen und engagiert sich in Grundsatzfragen der Kinder-, Jugend-, Bildungs- und Gesellschaftspolitik.